

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
– Drucksache 20/3495 –**

### **Das Recht auf Bildung stärken – Grundbildung im Globalen Süden als Basis gesellschaftlicher Teilhabe auf- und ausbauen**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller stellen fest, dass Konflikte und langanhaltende Krisen, wie der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, die Klimakrise oder auch die COVID-19-Pandemie, Bedrohungen für den weltweiten Frieden, die Stabilität und die menschliche Sicherheit seien.

Für Familien, die keine oder kaum Unterstützung erhalten würden, bedeute das Stress, zusätzliche finanzielle Belastungen und weniger Ressourcen, die Bildung ihrer Kinder zu fördern. Im schlimmsten Fall müssten sie auf Kinderarbeit, Kinderheirat oder andere Bewältigungsstrategien zurückgreifen. Es drohe nach Auffassung der Antragsteller eine Generation von Kindern und Jugendlichen heranzuwachsen, deren Leben von Armut, Gewalt, Perspektivlosigkeit, Unsicherheit und fehlender Bildung gezeichnet wäre.

Laut den Vereinten Nationen (VN) und der Weltbank (WB) hatten bereits vor der COVID-19-Pandemie 258 Millionen Kinder weltweit keinen Zugang zur Grundbildung. Mehr als 50 Prozent der Kinder, die in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen zur Schule gehen, können bis zum Ende der Grundschulzeit keinen einfachen Text lesen und verstehen, und es wird erwartet, dass dieser Anteil auf bis zu 70 Prozent ansteigt.

Das Recht auf Bildung ist allerdings ein grundlegendes Menschenrecht, und der Zugang zu qualitativer und inklusiver Bildung entlang der gesamten Bildungskette ist entscheidend für ein selbstbestimmtes Leben. Bildung ist ein öffentliches Gut und zentral, um Armut und soziale Ungleichheiten zu bekämpfen und Wirtschaftswachstum nachhaltig zu verbessern. Sie fördert außerdem das gesellschaftliche Engagement und die politische, wirtschaftliche und kulturelle Teilhabe von allen Menschen und trägt zum besseren Verständnis von Demokratie, Konfliktlösung, -prävention und Toleranz bei.

Insbesondere für Mädchen und Frauen hat Bildung positive Auswirkungen, denn sie schützt sie vor Gewalt, früher Verheiratung und ungewollten Schwangerschaften und stellt in Krisensituationen „das letzte bisschen Normalität“ dar. Aus- und Weiterbildung schützt Mädchen und Frauen des Weiteren vor Diskriminierung und Stigmatisierung und stellt traditionelle Rollenmodelle in Frage. Geschlechtsspezifische Hindernisse innerhalb der Bildungssysteme müssten daher nach Auffassung der Antragsteller identifiziert und beseitigt werden; dazu benötigt man eine feministische Entwicklungszusammenarbeit (EZ).

Im digitalen Zeitalter müssten die Chancen der Digitalisierung von Bildungsangeboten in der Grundbildung verstärkt werden. Die Elektrifizierung von Gemeinden stelle eine wichtige Grundlage für gute Bildungsangebote dar. Der Zugang zu Elektrizität sei regional jedoch sehr unterschiedlich, wobei eine verlässliche Stromversorgung die Voraussetzung für den Zugang zu digitalen Angeboten sei; zudem bleibe somit das Lernen bei Dunkelheit und starker Hitze weiterhin möglich. Hier könnten erneuerbare, dezentrale Energien Schulen und Bildungseinrichtungen nachhaltig mit Strom versorgen, wie beispielsweise Solarpanels auf Schuldächern oder solargebundene Heimsysteme.

Das Welternährungsprogramm (World Food Programme, WFP) geht davon aus, dass Schulspeisungsprogramme die Hälfte aller Kinder im schulpflichtigen Alter erreichen. Für viele der etwa 388 Millionen Schülerinnen und Schüler sind die Schulumahlzeiten die einzige verlässliche tägliche Nahrung, und daher muss Bildung insbesondere in Ländern des Globalen Südens immer mit Essensversorgung verbunden werden.

Es ist nach Auffassung der Antragsteller darüber hinaus notwendig, eine regelmäßige gesundheitliche Versorgung über den Schulbesuch abzudecken.

Schulen als Vorsorgezentren könnten genutzt werden, um beispielsweise allgemeine Gesundheitsuntersuchungen für Kinder und Jugendliche durchzuführen, Impfangebote zu machen sowie Informations- und Beratungsangebote im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte zu machen.

Weltweit sind 222 Millionen Kinder und Jugendliche im Schulalter von Notsituationen und langanhaltenden Krisen betroffen. Die Verringerung des Katastrophenrisikos und die Vorbereitung auf den Katastrophenfall müssen sich in krisenfesten Bildungsplanungen widerspiegeln, damit Schulen gerade in Krisenkontexten weiterhin sichere Anlaufstellen bleiben. Deshalb müssten humanitäre Maßnahmen für resiliente nationale Bildungsplanungen mit langfristigen Planungen harmonisiert und von mehrjährigen Finanzierungszusagen flankiert werden.

## **B. Lösung**

**Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.**

## **C. Alternativen**

Keine.

## **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/3495 anzunehmen.

Berlin, den 28. September 2022

## **Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

**Dr. Christoph Hoffmann**  
Vorsitzender

**Nadja Sthamer**  
Berichterstatterin

**Thomas Rachel**  
Berichterstatter

**Susanne Menge**  
Berichterstatterin

**Knut Gerschau**  
Berichterstatter

**Dietmar Friedhoff**  
Berichterstatter

**Cornelia Möhring**  
Berichterstatterin

## **Bericht der Abgeordneten Nadja Sthamer, Thomas Rachel, Susanne Menge, Knut Gerschau, Dietmar Friedhoff und Cornelia Möhring**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/3495** in seiner 53. Sitzung am 21. September 2022 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, eine feministische EZ, die darauf abzielt, die Menschenrechte und die gleichberechtigte gesellschaftliche, politische, soziale und wirtschaftliche Teilhabe aller Menschen zu verwirklichen, weiter voranzubringen.

Die Bundesregierung solle sich dafür einsetzen, dass der deutsche Beitrag zur Globalen Bildungspartnerschaft (Global Partnership for Education, GPE) und zum Fonds „Education Cannot Wait“ (ECW) nachhaltig auf das erforderliche Niveau gehoben werde. Auf internationaler Ebene solle man gemeinsam mit den anderen Geberländern darauf hinwirken, dass der globale Finanzierungsbedarf der GPE und von ECW unter Beteiligung aller bisheriger und durch Anwerbung neuer Geber schnellstmöglich erreicht werde.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, eine qualitativ hochwertige Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften, insbesondere Lehrerinnen, zu fördern. Man solle auf die kontinuierliche Bereitstellung von Schulmahlzeiten in Planungen und Notfallreaktionen in Bildungseinrichtungen hinwirken. Außerdem solle die dezentrale und nachhaltige Elektrifizierung von Gemeinden und insbesondere Bildungseinrichtungen in den Partnerländern durch erneuerbare und unabhängige Energieversorgung unterstützt werden.

Im Sinne des Humanitarian-Development-Peace-Nexus („Triple-Nexus“) solle die Bundesregierung darauf hinwirken, dass die Zusammenarbeit und Koordination zwischen den beteiligten Ministerien, insbesondere im Bereich Bildung, weiter vertieft werde. Darüber hinaus solle die Bundesregierung dafür sorgen, dass eine flexible kurzfristige Unterstützung mit einer vorhersehbaren längerfristigen Finanzierung einhergehe, sodass die Anschlussfähigkeit an Maßnahmen der EZ, insbesondere der Übergangshilfe, von Anfang an mitgedacht und verbessert werde.

Die Antragsteller fordern, grenzübergreifende Zugänge zu Kultur und Bildung über ein verstärktes Engagement im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) auszubauen, um langfristige Netzwerke aufzubauen und Konflikte zu entschärfen.

Die Bundesregierung wird schließlich aufgefordert, sich für die aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der lokalen, nationalen und globalen Bildungspolitik einzusetzen und in diesem Sinne auch Jugendbotschafterinnen und -botschafter aus dem Globalen Süden sowie generationenübergreifende Ansätze stärker zu fördern.

### **III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse**

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/3495 in seiner 21. Sitzung am 28. September 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/3495 in seiner 26. Sitzung am 28. September 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage auf Drucksache 20/3495 in seiner 19. Sitzung am 28. September 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage auf Drucksache 20/3495 in seiner 19. Sitzung am 28. September 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 20/3495 in seiner 21. Sitzung am 28. September 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat die Vorlage auf Drucksache 20/3495 in seiner 33. Sitzung am 28. September 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Antrags.

#### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 20/3495 in seiner 17. Sitzung am 28. September 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Antrags.

Berlin, den 28. September 2022

**Nadja Sthamer**  
Berichterstatterin

**Thomas Rachel**  
Berichterstatter

**Susanne Menge**  
Berichterstatterin

**Knut Gerschau**  
Berichterstatter

**Dietmar Friedhoff**  
Berichterstatter

**Cornelia Möhring**  
Berichterstatterin





